

## Jürgen Habermas – Ein öffentlicher Intellektueller von Weltgeltung

*Bernhard Schäfers*

Jürgen Habermas gehört zu den wenigen deutschen Intellektuellen, deren wissenschaftliche Arbeiten und Stellungnahmen zu aktuellen Problemen stets ein großes Echo fanden. Viele Debatten hat er angestoßen, wie z.B. den „Historikerstreit“, andere wesentlich beeinflusst, wie die Diskussion um die Studentenrevolte 1967ff. oder die um den europäischen Einigungsprozess. Nachfolgend können aus dem weit ausgreifenden Lebenswerk des Sozialphilosophen und Soziologen nur wenige Themen hervorgehoben werden. Eine Darstellung von Leben und Werk findet sich in der Biographie von Stefan Müller-Doohm (2014).

Jürgen Habermas wurde am 18. Juni 1929 in Düsseldorf geboren. Er promovierte 1954 in Philosophie bei Erich Rothacker in Bonn mit einer Arbeit zum Thema *Das Absolute und die Geschichte. Von der Zwiespältigkeit in Schellings Denken*.

Nach einer Tätigkeit als freier Journalist wurde Habermas 1956 Assistent am Frankfurter Institut für Sozialforschung. Sein Verhältnis zu den Vertretern der Frankfurter Schule der Soziologie, namentlich zu Max Horkheimer, war nicht konfliktfrei. Habermas habilitierte sich daher 1961 bei dem Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth. Die Habilitationsschrift, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, wurde wissenschaftlich wie publizistisch zu einer seiner erfolgreichsten Arbeiten.

1961 erhielt Habermas eine außerordentliche Professur in Heidelberg. In diese Zeit fällt der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie (vgl. Habermas' Beiträge in: Adorno 1969). 1964 wurde er Nachfolger Horkheimers auf dem Frankfurter Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie. Das im Jahr 1971 gegründete „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensgrundlagen in der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg berief ihn, wie auch Carl Friedrich von Weizsäcker, zum Direktor. Nach seinem Rücktritt 1981 übernahm Habermas 1983 einen Lehr-



**Prof. em. Dr. Bernhard Schäfers**  
Karlsruher Institut für Technologie  
Institut für Soziologie

stuhl für Philosophie, mit dem Schwerpunkt Sozial- und Geschichtsphilosophie, in Frankfurt. 1994 wurde er emeritiert.

Gastprofessuren, vor allem in den USA, und Gastvorträge, u.a. in China und im Iran, führten ihn in zahlreiche Länder der Welt. Von den vielen Auszeichnungen seien drei mit internationaler Geltung hervorgehoben: der Friedenspreis der Deutschen Buchhandels, der ihm 2001 in der Frankfurter Paulskirche überreicht wurde, der Prinz-von-Asturien Preis (2003) und der hoch dotierte Kyoto-Preis einer japanischen Stiftung (2004).

Bei den nachfolgenden Punkten zur Charakterisierung seines Werkes werden jene herausgegriffen, die besonders öffentlichkeitswirksam waren. Unberücksichtigt bleiben, bis auf die *Theorie des kommunikativen Handelns*, seine theoretischen Schriften und Auseinandersetzungen mit der Kritischen Theorie, dem Positivismus, die Rekonstruktion des Historischen Materialismus sowie die Kontroverse mit Niklas Luhmann (Habermas/Luhmann 1971).

## Strukturwandel der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist eine der zentralen Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft, also jener Gesellschaftsformation, die die Ständegesellschaft, das *ancien régime*, ablöste. Mit einer Untersuchung zum Stellenwert und Strukturwandel der Öffentlichkeit als „Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft“ hatte sich Habermas 1961 habilitiert. Die Veröffentlichung (1962/1969) führte und führt weiterhin zu Diskussionen in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit um den Kern und die historische Haltbarkeit seiner Thesen.

Öffentlichkeit wurde in der bürgerlichen Gesellschaft zum „Organisationsprinzip der bürgerlichen Rechtsstaaten mit parlamentarischer Regierungsform“ und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens zum Garanten einer freiheitlichen Ordnung. Eine politisch fungierende Öffentlichkeit hat „den normativen Status eines Organs der Selbstvermittlung der bürgerlichen Gesellschaft mit einer ihren Bedürfnissen entsprechenden Staatsgewalt“ (Habermas 1969: 86). Ein liberalisierter freier Markt und die Garantie von Eigentum schaffen allererst die Voraussetzungen für eine vom Staat unabhängige Sphäre der Privatisierung des gesellschaftlichen Lebens.

Ganz so idealtypisch, wie diese Kategorie der Öffentlichkeit gedacht war, verlief die Entwicklung nicht. Kapital- und Machtkonzentrationen einerseits und ein Staat, der immer stärker in allen gesellschaftlichen Bereichen intervenierte führten nicht nur zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit, sondern auch zu Deformationen und Verfallserscheinungen. Der Strukturwandel hatte seine Ursache in einer „tendenziellen Verschränkung der öffentlichen Sphäre mit dem privaten Bereich“ (1962: 157ff.). Durch einen „Prozess wechselseitiger Vergesellschaftung des Staates und einer Verstaatlichung der Gesellschaft“ (1969: 168) entstand „eine neue Sphäre“, die weder als rein private noch als genuin öffentliche aufgefasst werden könne.

Mit diesen Entwicklungen ist verbunden, dass aus dem einstmals bürgerlichen Publikum der „kulturräsonierenden Privatleute“ ein „Kultur konsumierendes Publikum“ wurde (1969: 176ff.). Seit Ende des 19. Jahrhunderts habe sich auch auf dem europäischen Kontinent die „amerikanische“ (Habermas) Form der Massenpresse durchgesetzt. Wochenendpresse und illustrierte Zeitschriften wurden zu Schrittmachern der Boulevardpresse. Das führte zu einer „kommerziellen Umfunktionierung der Teilnahme breiter Schichten an der Öffentlichkeit“ (1969: 185).

Die Ausführungen zu diesen Phänomenen wie auch zum Thema der öffentlichen Meinung (1969: 257ff.) bekommen gegenwärtig eine neue Aktualität. Mit dem Amtsantritt des 45. amerikanischen Präsidenten am 20. Januar 2017, der digitalen Revolution der Massenmedien, Angriffen auf die freie Presse, auch in Deutschland, ist eine Entwicklung in Gang gekommen, deren negative Folgen für die freiheitlich-demokratische Grundordnung schon jetzt alarmierend sind.

## Gegen die Radikalisierung des Studentenprotestes

1969 veröffentlichte Habermas den Band *Protestbewegung und Hochschulreform*. Die Schrift fasst in chronologischer Folge seine Beiträge im Zusammenhang mit der Studentenrevolte 1967ff. und der durch sie initiierten Versuche einer Gesellschafts- und Hochschulreform zusammen. In den einleitenden Vorbemerkungen schildert Habermas zunächst die drei Phasen der Protestbewegung in Deutschland, die 1965 an der FU Berlin begann und als Folge der Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen wurde.

Habermas' kritische Stellungnahmen und Analysen, zumal auf dem Kongress „Hochschule und Demokratie“, der für den 9. Juni 1967 im Gedenken an Benno Ohnesorg nach Hannover einberufen wurde, führten zu einer Entfremdung zwischen ihm und großen Teilen der studentischen Protestbewegung. Sein Wort vom „linken Faschismus“, das er in einem Diskussionsbeitrag Rudi Dutschke, dem bekanntesten Anführer der Studentenbewegung, entgegen hielt, wurde ihm bitter verübelt. Habermas warf Dutschke vor, „eine voluntaristische Ideologie“ zu entwickeln, die man im Jahr 1848 utopischen Sozialismus genannt habe, „aber unter heutigen Umständen [...] ‚linken Faschismus‘ nennen muss“ (1969: 148).

In einer Erklärung vor Studenten am 12. Dezember 1968 als Reaktion auf seine Weigerung, dem Beschluss der Vollversammlung der Philosophie- und Soziologiestudenten der Universität Frankfurt zu folgen, Vorlesungen ab sofort einzustellen, führte Habermas u.a. aus: „Wer die Basis der Aufklärung angreift, macht aufgeklärtes politisches Handeln unmöglich. Die Basis der Aufklärung ist eine an das Prinzip herrschaftsfreier Diskussion, und allein an dieses Prinzip, gebundene Wissenschaft. Wer einzelne theoretische Ansätze durch institutionellen Zwang dogmatisieren will, wer darüber hinaus jeden theoretischen Ansatz diskriminiert zugunsten einer Instrumentalisierung des Denkens und Wissens für die ad-hoc-Bedürfnisse so genannter Praxis, schickt sich an, die Bedingungen vernünftiger Rede und damit die Grundlage von Humanität abzuschaffen“. Wer aber die Dogmatisierung wolle, unterscheide „sich prinzipiell nicht mehr von dem intellektuellen Prototyp sei es des Faschisten, sei es des Stalinisten“ (1969: 245).

In anderen Beiträgen, ob im Diskurs oder als Seminarvorlage, machte Habermas auf die „strukturellen Unterschiede“ zwischen Wissenschaft und „Aktionsvorbereitung“ aufmerksam. Es sei „eine klare institutionelle Trennung beider Bereiche“ erforderlich. Würde das eine mit dem anderen konfundiert, sei das zum Schaden beider Bereiche: „Die Wissenschaft würde unter Handlungsdruck korrumpiert, und politisches Handeln müsste durch ein pseudowissenschaftliches Alibi in die Irre geführt werden“ (1969: 248).

## Theorie des kommunikativen Handelns

Die beiden Bände, die 1981 zu diesem Thema erschienen, haben die Untertitel: *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung ; Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Sie wurden während seiner Zeit im Starnberger Max-Planck-Institut konzipiert. Die inhaltlichen Vorleistungen gehen bis in die 1960er Jahre zurück, wie z.B. Untersuchungen zur Sprachtheorie und die Theorie der Sprechakte, Erläuterungen zum Stellenwert eines okzidental Rationalitätsbegriffs, zur soziokulturellen Evolution und zur Handlungstheorie.

Im Vorwort nennt Habermas als Impetus zur Abfassung des Werkes von annähernd 1200 Seiten, dass das Erbe des okzidental Rationalismus nicht mehr unbestritten gelte und wachsende sozialpsychologische und kulturelle Kosten verursache (Habermas 1995, Bd. I: 9). Hier interessieren vor allem seine Befunde zur Struktur der Lebenswelt und zur „Entkoppelung von System und Lebenswelt“ (Bd. II: 171-294).

Lebenswelt wird als komplementär zum Begriff des kommunikativen Handelns eingeführt. In der Tradition der phänomenologischen Lebensweltanalysen von Edmund Husserl sind Strukturen gemeint, „die gegenüber den historischen Ausprägungen partikularer Lebenswelten und Lebensformen als invariant angesetzt werden“ (Bd. II: 182). Das kommunikative Handeln setzt Sprache als Medium von Verständigungsprozessen voraus. Teilnehmer an diesen Prozessen erheben gegenseitig Geltungsansprüche, über die in einem rationalen Diskurs befunden wird (Bd. I: 148ff.). Kommunikatives Handeln hat die implizite Voraussetzung, dass jeder Sprecher „kritisierbare Geltungsansprüche“ vorbringt (Bd. I: 410f.).

Das Auseinandertreten von Lebenswelt und den sozialen Systemen hat seine Ursache in Komplexitäts- und Rationalitätssteigerungen in beiden Bereichen. Habermas verfolgt diesen Prozess von den archaischen Gesellschaften bis in die Zeit der Ausdifferenzierung der sozialen Systeme, unter Aufbietung eines großen Apparates an Theorien: von Emile Durkheim bis Talcott Parsons, von Max Weber bis Niklas Luhmann, und unter Einbeziehung eines breiten ethnologischen und kulturanthropologischen Forschungsmaterials.

In archaischen Gesellschaften sind die Strukturen der Lebenswelt und der sprachlich vermittelten, durch Normen geleiteten Interaktionen in großer Übereinstimmung mit den Sozialstrukturen. Je komplexer die Gesellschaften werden, desto mehr treten die einzelnen Elemente der Lebenswelt und der von rationalen Prinzipien gesteuerten Systemstrukturen der Ökonomie, des Rechts und der Verwaltung auseinander. „Der normative Spielraum des kommunikativen Handelns“ wird enger (Bd. II: 233). Das kommunikative Handeln steht angesichts der Technisierung, Pluralisierung und Ausdifferenzierung von immer mehr Wertbezügen und Handlungsalternativen vor immer größeren Schwierigkeiten der Konsensfindung.

Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns ist in ihrem Kern eine am Rationalitätsbegriff orientierte Gesellschaftstheorie. Ganz im Sinne Max Webers (vgl. zu Werk und Person GWP Heft 1/2015) ist die Moderne und damit das Denken und Bestreben der Aufklärung auch ein Ergebnis von Rationalitätsprozessen. Implizit will Habermas mit seinem soziologischen Hauptwerk auch einen Beitrag zu der Frage leisten, wie sich unter gegebenen Bedingungen das kommunikative, vernunftorientierte Handeln gegenüber der gesellschaftlichen Rationalität und „funktionalistischen Vernunft“ behaupten kann.

## Der Historikerstreit

In der „Historikerstreit“ genannten Kontroverse, die national und international Aufsehen erregte, ging es um die Frage, ob die Ermordung von vielen Millionen Juden während der Herrschaft des Nationalsozialismus ein in der Weltgeschichte einzigartiges Verbrechen war oder, wie es der Historiker Ernst Nolte darstellte, sich einreihete in eine Vielzahl von Völkermorden, die von ideologischen und/oder ethnischen Voraussetzungen geprägt waren (Habermas' Beiträge finden sich, wie die der an der Kontroverse teilnehmenden Historiker, in dem Band „Historikerstreit“, 1987).

Auslöser der Kontroverse war ein Beitrag Noltes in der FAZ vom 24. Juli 1980 mit dem Titel: „Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches. Eine Frage aus dem Blickwinkel des Jahres 1980“ (abgedruckt in: Historikerstreit 1987: 13ff.). Nolte geht bis auf die Französische Revolution 1789f. zurück, die „das Konzept der Klassen- und Gruppenvernichtung erstmals in der neueren europäischen Geschichte zu einer Wirklichkeit“ gemacht habe (Nolte 1987: 29). Damit stellte er die nationalsozialistischen Verbrechen, zumal gegen die Juden, in den Kontext der europäischen Geschichte; sie seien auch als „Reaktion auf die Vernichtungsaktionen des Bolschewismus“ zu verstehen.

Habermas' heftige Reaktion bezog sich auf diesen und einen weiteren Beitrag Noltes in der FAZ vom 6. Juni 1986 sowie auf Äußerungen von Historikern, die Noltes Argumentation stützten. Vor allem folgende Passage Noltes erregte seinen Unmut: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten?“ (Nolte 1987: 45). Habermas stellte diese Passage seinem viel beachteten Beitrag in DIE ZEIT vom 11. Juli 1986 voran: „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung“. Aus diesem Beitrag seien einige Passagen zitiert (Historikerstreit 1987: 62ff.):

„Der Erlanger Historiker Michael Stürmer bevorzugt eine funktionale Deutung des historischen Bewusstseins: ‚In einem geschichtslosen Land (gewinnt derjenige) die Zukunft, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet‘“ Stürmer stelle sich die Vergangenheit „als eine Art Schadensabwicklung vor“. „Auch Stürmer solidarisierte sich mit dem Zeitungsaufsatz, in dem Nolte die Singularität der Judenvernichtung auf den ‚technischen Vorgang der Vergasung‘ reduzierte und mit einem eher abstrusen Beispiel aus dem russischen Bürgerkrieg seine These belegt, dass der Archipel Gulag ‚ursprünglicher‘ sei als Auschwitz“.

An der Kontroverse waren überwiegend Historiker beteiligt, unter ihnen so bekannte wie Karl Dietrich Bracher und die Brüder Hans und Wolfgang Mommsen, die Nolte ebenfalls widersprachen. Trotzdem gelang keine Verständigung im Hinblick auf die Vorwürfe von Habermas – was auch aus Gründen der historischen und politischen Bildung im Hinblick auf den durch Hitler-Deutschland herbei geführten Zivilisationsbruch bedauerlich ist.

## Zur Verfassung Europas

Unter diesem Titel veröffentlichte Habermas 2011 einen Essay, der eine Reaktion auf die anhaltende Krise Europas und die daraus folgenden populistischen und zum Teil anti-europäischen Bewegungen war. Der Ausdruck „Verfassung“ ist also in einem zweifachen Sinne zu verstehen: Als Zustandsbeschreibung Europas und als Projekt für die Zukunft der Europäischen Union.

Leitgedanken für ein verfassungsrechtliches Projekt Europa findet Habermas im „Konzept der Menschenwürde“ und einer „realistischen Utopie der Menschenrechte“ (2011: 13ff.). Er bezieht sich auf die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 und den Katalog der Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Der Begriff der Menschenwürde sei bereits in der antiken Philosophie nachweisbar und habe in der Philosophie Kants seine heute gültige Fassung erlangt.

Diesen rechtshistorischen und völkerrechtlichen Überlegungen folgt ein Plädoyer für eine europäische Verfassung (2011: 39ff.). Habermas will nationalstaatliche Perspektiven überwinden helfen. Den häufig gemachten Einwand, es gebe kein europäisches Volk und daher keine politische Europäische Union, lässt er nicht gelten (S. 43). Die Entwicklung der EU zu „einem handlungsfähigen und demokratisch legitimierten (Kern-) Europa“ sei keineswegs blockiert. Mit dem Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 sei „die längste Strecke des Weges schon zurückgelegt“ (S. 47).

Habermas sieht die Schwierigkeiten auf diesem Weg, da Europa in seinen rechtlichen Grundlagen weiterhin ein Staatenbund und kein Bundesstaat sei wie etwa die USA (S. 298). Er verweist darauf, dass das Grundgesetz klare Bekenntnisse zu Europa und zur Weiterentwicklung des eigenen und des europäischen Verfassungsrechts enthalte. In Art. 23 Abs. 1 heiße es: „Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik bei der Entwicklung der Europäischen Union mit [...]. Der Bund kann hierzu durch Gesetz und mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen“. Doch zunächst gelte es, „Vertrauen in das Projekt Europa und seine Institutionen zurück zu gewinnen, nationale Suprematien zu vermeiden und durch eine überzeugende *idée de l'oeuvre* (Maurice Hauriou) neuen Schwung in die Konstruktion des Europäischen Hauses zu bringen“ (S. 300).

## Plädoyer für die deliberative Demokratie

Seit seiner Schrift über den Strukturwandel der Öffentlichkeit stehen bei Habermas Fragen nach den Grundlagen einer auf rationalen Kriterien politischer Entscheidungsprozesse verfassten demokratischen Gesellschafts- und Staatsordnung mit im Zentrum seines Werkes. Dass Habermas trotz des in der Gegenwart so weit reichenden Strukturwandels einer medial dominierten Öffentlichkeit auf die Überzeugungskraft sozialetisch fundierter öffentlicher Diskurse vertraut, unterstrich er in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ vom 16. Juni 2014, aus Anlass seines 85. Geburtstages, zum Thema: „Die Lesarten der Demokratie“. Ausgangspunkt war die Allverfügbarkeit von Information und deren immer exzessivere Nutzung durch eine immer breitere Öffentlichkeit.

Eine zentrale Frage des Interviewers Markus Schwering war: „Mitunter wird Ihnen vorgeworfen, Ihr deliberatives, diskursethisch kanalisiertes Politikmodell verfehle, insofern es politische Entscheidungsprozesse mehr oder weniger nach dem Modell eines wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses forme, wesentliche Dimensionen des Politischen“. Habermas entgegnete: „In einer kulturell und weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft ist das demokratische Verfahren die einzige Quelle für Entscheidungen, die als legitim anerkannt werden. Dieses Verfahren gewährleistet grundsätzlich zwei Dinge: einerseits Inklusion, also die Einbeziehung aller Bürger, andererseits Deliberation, z.B. Wahlkämpfe und Parlamentsdebatten, die den politischen Entscheidungen von Wählern oder Gesetzgebern vorausgehen müssen.“

Das Ergebnis von politischen Wahlen unterscheidet sich von demoskopischen Umfrageergebnissen vor allem durch dieses Element vorausgehender öffentlicher Debatten. Das hat nichts mit wissenschaftlicher Erkenntnis, aber viel mit der Erwartung zu tun, dass politische Probleme möglichst rational gelöst werden [...]. Die kognitive Dimension der Willensbildung von Bürgern und Politikern ist umso wichtiger, je größer die Unsicherheit ist, unter der politische Entscheidungen gefällt werden müssen.“

Diese Prämissen gelten auch für politische Entscheidungsprozesse auf der europäischen Ebene, wie Habermas auch in diesem Interview betonte.

## Ein Gespräch über Gott und die Welt

Es galt als Sensation, dass Jürgen Habermas einer Einladung der Katholischen Akademie in München folgte, um dort am 19. Januar 2004 mit dem römischen Kurienkardinal Joseph Ratzinger, Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre (und ab April 2005 Papst Benedikt XVI.), zu diskutieren. Habermas' einleitende fünf Thesen werden in der Zusammenfassung von Stefan Müller-Doohm (2014: 515f.) wiedergegeben:

- Für Demokratien sei es konstitutiv, aus eigener Kraft ihre normativen und motivationalen Voraussetzungen zu schaffen, und zwar durch einen öffentlichen Diskurs von gebildeten Staatsbürgern – eine Tugend, die gelernt werden müsse.
- Die Integration individualistisch verfasster Gesellschaften hänge von einem moralischen Selbstverständnis der Bürger ab, das sich aus ethischen Quellen speise, zu denen gerade auch jüdisch-christliche Gebote einer religiösen Lebensführung zählten. Dazu gehören die Unantastbarkeit der Person und die Nächstenliebe als Achtung vor der Würde des Menschen.
- Die Bedeutung der Religion in der Gesellschaft beschränke sich keineswegs darauf, mit ihren symbolischen Gehalten eine unentbehrliche Ressource der Sinnstiftung in einer rationalistischen Moderne zu sein.
- Angesichts einer gegenwärtig eindimensional voran getriebenen Modernisierung in Richtung weltumfassender Markt- und Konkurrenzverhältnisse mit anwachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheiten schwinde die Haltung der Solidarität zugunsten eines staatsbürgerlichen Privatismus, verknüpft mit einer egozentrischen Nutzenorientierung.
- In seiner letzten These äußerte Habermas die Hoffnung, dass das religiöse Ethos und die damit einhergehenden moralischen Einstellungen auch jene Tugenden fördern, die sich in Handlungsbereitschaft und Empathie umsetzen lassen.

## Schlussbemerkungen: Das Projekt der Moderne ist fortzusetzen

Die vorstehenden Ausführungen zu einigen Grundzügen des Werkes von Habermas zeigen, dass sein engagierter Einsatz als Wissenschaftler und als politisch rasonierender Bürger und Intellektueller sich vor allem einem Ziel verpflichtet fühlt: Die in der europäischen Philosophie und in der Zeit der Aufklärung erarbeiteten Grundlagen rationaler, vernunftgeleiteter Argumentation, der Menschenwürde und der Menschenrechte, als ein Projekt zu sehen, an dem alle Bürgerinnen und Bürger mitarbeiten müssen, um Gefährdungen abzuwenden und den Entwurf einer freiheitlichen Gesellschaft noch besser als gegeben zu verwirklichen.

Habermas sieht seine eigene Rolle als Intellektueller in der Nachfolge Heinrich Heines. Ihn nimmt er zum Ausgang, um über die „Rolle des Intellektuellen in Deutschland“ zu räsonieren (1987: 27ff.). In Deutschland sei Heine lange Zeit kein Vorbild gewesen, nicht einmal in der Weimarer Republik. Erst in der Bundesrepublik habe sich eine Intellektuellenschicht gebildet, „die sich selbst als solche akzeptiert“ (1987: 46). „Wenn die Figur Heines ein Schattenriss des deutschen Intellektuellen gewesen ist, dann sollte mit einem Heine, der uns allen gehört, die Rolle des Intellektuellen auch in Heines Vaterland unproblematisch geworden sein – ja, so trivial, dass darauf die Linken nicht länger einen Monopolanspruch erheben müssen“ (1987: 51).

## Literatur

- Theodor W. Adorno u.a., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Neuwied und Berlin 1969
- Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, 4. Aufl., Neuwied und Berlin 1969 (zuerst 1962)
- Ders., *Protestbewegung und Hochschulreform*, Frankfurt/M. 1969
- Ders., *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung; Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt/M. 1995 (zuerst 1981)
- Ders., *Heinrich Heine und die Rolle des Intellektuellen in Deutschland*, in: Ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt/M. 1987, S. 25-54
- Ders., *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Frankfurt/M. 2011
- Ders./Niklas Luhmann, *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?* Frankfurt/M. 1971
- Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987
- Stefan Müller-Doohm, *Jürgen Habermas. Eine Biographie*, Frankfurt/M. 2014